Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

28.9.1926 (No. 224)

Visual Library

№ 224 Dienstag, den 28. September 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

* Poincaré

Poincaré ist ein Fanatiker der Idee. Und die Idee, die seit zwölf Jahren den Glaubensinhalt seines Lebens ausmacht, ist die These von der „alleinigen Kriegsschuld Deutschlands". Deshalb war es gewiß nicht gut, daß Herr Stresemann in seiner Rede vor der deutschen Kolonie in Genf auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen kam. Denn damit hat er Herrn Poincaré ein offenbar sehr willkommenes Stichwort gegeben.

Daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in friedlichem Sinne geregelt werden müssen, hat auch der französische Ministerpräsident in seinen beiden letzten Reden zugegeben. Aber er stößt sich an der Stresemannschen Auffassung von der Kriegsschuldfrage. Er fürchtet, daß eine offizielle Leugnung der „Kriegsschuld Deutschlands" — einer Schuld, die wir bestreiten, sofern sie nur uns allein aufgebürdet werden soll — Ausgangspunkt einer planmäßigen **Revision des Friedenvertrags** sein könnte. Poincaré meinte, über die Kriegsschuld brauchte nicht mehr geredet zu werden, wenn deutlich erkennbar würde, daß „das Deutschland von heute offen gewisse Machenschaften des Deutschland von gestern desavouiere". Auch aus dieser Wendung spricht also wieder der alte Argwohn, daß das republikanische Deutschland im Kern nichts anderes sei, als die mehr oder minder geschickt verhüllte Fortsetzung des alten Deutschland.

Nun, wenn Herr Poincaré kein Verständnis dafür hat, daß das heutige Deutschland in ganz anderen Bahnen wandelt als früher, und wenn er nicht bemerken will, daß das heutige Deutschland in der Tat „gewisse Machenschaften von früher" aufs Entschiedenste verurteilt, dann können wir ihn eines Besseren nicht belehren, da er **eben nicht belehrt werden will.** Allerdings sehen wir die **Kriegsschuldfrage** in einem ganz anderen Lichte, als er. **Das deutsche Volk verwirft ohne Unterschied der Partei die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Krieg,** die Behauptung, daß der Krieg durch einen Angriff Deutschlands entstanden sei. Das Deutschland von heute will gerecht sein und will das alte System, so sehr es dessen Fehler und Schwächen verurteilt, nicht auch dort einer Sünde zeihen, wo keine Sünde vorliegt. Mit der Schuld am Weltkriege ist es so: **entweder sind alle schuld, oder es ist niemand schuld!**

Es ist und bleibt bedauerlich, daß überhaupt die Kriegsschuldfrage in die diplomatischen Erörterungen hineingezogen worden ist. Die Entwicklung der Dinge hat in Locarno und in Genf einen Verlauf genommen, welchen die Erörterung der Kriegsschuldfrage **praktisch ganz überflüssig** machte. Denn die Verträge von Locarno und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätten erst garnicht Tatsache werden können, wenn die Anschauungen Poincarés von unserer Schuld in ihrer zugespitzten Form auf seiten unserer früheren Gegner maßgebend gewesen wären.

Leider ist aber auch der übrige Teil der beiden Reden Poincarés sachlich und dem Tone nach im wesentlichen so gehalten, daß er den Gang der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich **sicherlich nicht erleichtern wird.** Gewiß erklärte Poincaré an verschiedenen Stellen, **Frankreich sei immer bereit, Möglichkeiten zu einer Annäherung** zu suchen, aber er verbeißt sich eigensinnig in die **Forderung,** daß an den **früher abgeschlossenen Verträgen und Allianzen nichts geändert werden dürfe,** daß die **Verantwortung der kaiserlichen Regierung** für den Ausbruch des Krieges nicht in Zweifel zu ziehen sei, und daß „entscheidende Beweise der **materiellen und moralischen Abrüstung** Deutschlands" gegeben sein müßten.

Diese Bedingungen sind so beschaffen, daß sie, wenn sie nicht noch nachträglich in einem vernüftigen Sinne interpretiert werden, **weitere Verhandlungen beinahe aussichtslos machen müssen.** Über die Frage der materiellen Entwaffnung läßt sich durchaus reden, zumal ja die allgemeine Abrüstung für die nächste Zeit ohnehin im Vordergrund des weltpolitischen Interesses stehen wird. Die **moralische Abrüstung** aber können wir nicht versprechen, zumal nicht, solange Herr Poincaré derartige Reden hält. Der Haß, der das französische und das deutsche Volk noch entzweit, muß einmal im Interesse beider Völker und im Interesse ganz Europas abgebaut werden. Aber natürlich muß das auf **beiden** Seiten geschehen. Und die Reden Poincarés sind wenig geeignet, einen Abbau des Hasses, einer Abrüstung der Gefühle zu dienen.

In einem Teil der deutschen Presse nimmt man an, daß die erste Bedingung Poincarés (genaue Einhaltung der Verträge) so aufzufassen ist, daß sich der französische Ministerpräsident überhaupt **gegen jede Abkürzung der Besatzungsfristen** wende. Diese Annahme ergibt sich aus dem Wortlaut der beiden Reden nicht so ohne weiteres. Und auch, wenn Herr Poincaré so tut, als ob er die deutsche Hilfe bei der Sanierung der französischen Finanzen garnicht so dringend benötige, braucht man diese Ausführungen nicht so wörtlich zu nehmen. Wir meinen vielmehr, daß die politische Bedeutung der beiden Reden Poincarés so zu beurteilen ist: Poincaré ist mit einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich an sich einverstanden, wünscht aber, daß Frankreich dabei im Besitz der meisten Vorteile bleibt. Dieser Standpunkt ist natürlich für den Fortgang der Verhandlungen nicht gerade aufmunternd. Wir haben schon neulich gesagt, daß diese Verhandlungen ihrem Charakter und ihrem Ergebnis nach auf eine Art Tauschgeschäft hinauslaufen werden. Wir haben aber an einem Tauschgeschäft kein Interesse, bei dem wir 90 Prozent geben und nur 10 Prozent zurückerhalten.

Herr Poincaré wird also seine Auffassungen noch etwas revidieren müssen, oder die Politik von Thoiry wird ein sehr rasches Ende erreicht haben, ein Ende, das Deutschland sicherlich aufs tiefste bedauern würde. Es gibt noch eine andere Möglichkeit, nämlich die, daß die **französische Kammer** das Kabinett Poincaré stürzt, weil sie die Tonart, die er neuerdings wieder gegen uns beliebt, nicht billigt. Aber es ist doch fraglich, ob sich in der Kammer für einen derart entscheidenden Schritt eine Mehrheit finden wird.

Der Zwischenfall in Germersheim

Nach dem bisherigen Verlauf der am Montag von einem bayerischen Regierungskommissar aus Speyer angestellten Ermittlungen über die Germersheimer Bluttat steht fest, daß die Veranlassung hierzu ein Wortwechsel zwischen **zwei französischen Leutnants** in Zivil und dem Schuhmacher Richard **Holzmann** bildete. Im Verlaufe dieses Wortwechsels gab einer der beiden Offiziere ohne jede Veranlassung in der Nähe des Ludwigstores auf Holzmann einen Schuß ab, der ihm den Unterkiefer durchschlug. Nach der Tat bogen die beiden Offiziere in die Sandstraße ein und überließen den Verwundeten seinem Schicksal. Der Landwirt und Fuhrmann **Mathes** und der Arbeiter Emil **Müller,** die sich zufällig in der Nähe befanden, eilten auf den Schuß hin dem Verwundeten zu Hilfe und liefen sodann den beiden Tätern nach, um deren Personalien festzustellen. Gegenüber der Post holten sie die beiden Offiziere ein, die nun wiederum von ihrer Schußwaffe ohne jegliche Veranlassung Gebrauch machten. Der Arbeiter Emil **Müller** wurde durch einen Schuß aus nächster Nähe niedergestreckt und war **sofort tot,** während Landwirt **Mathes** durch einen Schuß ins Gehirn **lebensgefährlich verletzt** wurde. Es wurde einwandfrei ermittelt, daß die beiden französischen Leutnants **Haupträdelsführer** bei den schweren, immer noch ungesühnten, **Ausschreitungen der französischen Besatzungstruppen** des Kriegervereinsfestes am 3., 4. und 5. Juli d. J. in Germersheim beteiligt waren und daß sie sich auch an der Beschimpfung der deutschen und der bayerischen Flagge beteiligt hatten. Die Erregung der Bevölkerung von Germersheim über die Bluttat ist sehr groß.

*

Wie aus Germersheim gemeldet wird, konnte der verletzte Schuhmacher **Holzmann** gestern aus dem Krankenhaus nach seiner Wohnung übergeführt werden. Der Fuhrmann **Mathes** liegt noch immer sehr bedenklich darnieder. Die Ärzte hoffen jedoch, ihn am Leben zu erhalten. Heute vormittag fand die Sektion der Leiche des getöteten Arbeiters **Müller** statt, die von französischen Ärzten vorgenommen wurde.

Reichspräsident v. Hindenburg hat gestern Berlin verlassen, um einige Tage auf dem Land zu verleben und seinen **79. Geburtstag** am 2. Oktober in aller Stille zu feiern.

Polnisch-litauische Zusammenstöße in Kowno. In der litauischen Landeshauptstadt **Kowno** kam es am Sonntag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Polen und Litauern. Als Mitglieder der polnischen katholischen Gemeinde die Kathedrale verließen, entwickelten sich vor und und in der Kirche schwere Schlägereien und Schießereien zwischen den Kirchenbesuchern und Anhängern litauischer Organisationen. Neun Personen wurden verletzt. Neun Personen wurden verhaftet, später jedoch wieder freigelassen. Der Grund zu dem Zusammenstoß soll nach einer Darstellung des Polizeipräsidenten von Kowno darin zu suchen sein, daß die litauischen Katholiken verweigert hatten, den polnischen Katholiken Fahnen auszuhändigen, die diese bei der Prozession mit sich führen wollten.

Deutschland und Frankreich

Der Auswärtige Ausschuß des Reichtags

ist auf Donnerstag, 7. **Oktober,** vormittags 10 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung über Genf und Thoiry.

*

WTB. **Berlin,** 28. Sept. (Tel.) Die **deutsche Delegtion** ist heute früh aus Genf unter Führung des Staatssekretärs von **Schubert,** des Ministerialdirektors Dr. **Gaus** und des Abgeordneten Prälaten Dr. **Kaas** hier eingetroffen. Zur Begrüßung waren u. a. auf dem Bahnhof erschienen: Reichsminister Dr. Haslinde, Staatssekretär Dr. Pünder, die Ministerialdirektoren Dr. Köpke und Wallroth und der stellvertretende Pressechef, Vortragender Legationsrat Dr. Zechlin.

Stresemann über die deutsch-französischen Beziehungen

Der Pariser „Matin" veröffentlicht ein, dem sich zurzeit in Berlin aufhaltenden Außenpolitiker des Blattes, Jules **Sauerwein,** vom Reichsminister des Auswärtigen Dr. **Stresemann** gewährtes Interview. Reichsminister Dr. Stresemann führt darin, nachdem ihm der Außenpolitiker des „Matin" über die Haltung der öffentlichen Meinung in Frankreich zu der Frage einer deutsch-französischen Annäherung seine Ansichten dargelegt und insbesondere hervorgehoben hatte, daß bei den militärischen und finanziellen **Sachverständigen Schwierigkeiten** bei der Anbahnung einer Annäherung der beiden Länder entstehen könnten, u. a. aus:

Ich bin nicht überrascht, daß von den Sachverständigen beider Länder Einwendungen erhoben wurden. Aber vergessen wir andererseits nicht das englische Sprichwort: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Tatsache ist, daß Briand und ich über die Möglichkeit einer Annäherung einer Meinung sind. Dabei glaube ich, daß weder Herr Briand noch ich schlechte Patrioten sind. Eine Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland wird umso wirksamer sein, als sie unter Mitwirkung von Staaten wie England, Belgien und Italien stattfinden wird, die auch den Vertrag von Locarno unterzeichnet haben. Was Frankreich und Deutschland anbelangt, so ist alles wie für eine Annäherung geschaffen: Die einander ergänzenden Wirtschaftsquellen, die geographische Nachbarschaft, die unbestreitbare Tapferkeit beider Völker, der Arbeits- und Ordnungssinn.

Zur Vorbereitung einer künftigen erfolgreichen Verständigung haben wir geglaubt, daß es das Beste sei, einander gewisse **Zugeständnisse** zu machen, die die Lage der beiden Länder zu erleichtern geeignet sind. Das Große, das sich in den letzten Jahren ereignet hat, ist, daß der Haß und die Leidenschaften ständig mehr geschwunden sind, um einem gegenseitigen Verstehen und der Hoffnung auf eine künftige Zusammenarbeit Platz zu machen. Die mir von einem Journalisten jüngst gestellte Frage, ob es sich um den Abschluß eines geschäftlichen Vertrages handele, beweist, daß man sich bisweilen eine recht enge Vorstellung macht. Man kann in Erwägungen darüber eintreten, daß zwischen beiden Ländern eine Interessengemeinschaft hergestellt wird, wobei Frankreich **auf Rechte aus den Verträgen und Deutschland auf Vorrechte aus Abkommen und Verträgen verzichtet.** Die von beiden Ländern zu bringenden Opfer sind nicht sehr groß, wenn man den Blick **auf die Zukunft richtet,** die wir vorbereiten wollen. Glauben Sie denn wirklich, daß bei einer intimen Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund, ohne daß Sie sich an moralische Unmöglichkeiten stoßen, viele Jahre hindurch unsere Gebiete besetzt halten zu können, wenn wir andererseits Ihnen durch Transferierung von Geld, der in gehöriger Form zugestimmt worden ist, helfen können, Hilfsquellen aufzufinden, die Sie brauchen? Ist es denn da nicht **natürlich,** daß wir so verfahren, wenn wir wirklich beabsichtigen, uns **auf allen Gebieten** zu verständigen? Wie die französische öffentliche Meinung sich zu solchen Plänen stellt, weiß ich nicht. In Deutschland jedenfalls hat sie viel Boden gewonnen. Die rheinisch-westfälischen Industriellen, die man gerne als Vertreter des Nationalismus hinstellt, sind Pioniere auf diesem Wege. Hoffen wir, daß der bereits zurückgelegte Weg eine gute Vorbedeutung für einen guten Erfolg ist.

Noch eine Poincarérede

Der französiche Ministerpräsident hat am Montag in **Bar le Duc** eine zweite Rede gehalten, in der er abermals die Behauptung von der Kriegsschuld Deutschlands aufrechterhielt allerdings alle Schuld auf das kaiserliche Deutschland schob, trotzdem er doch selbst in der Sache Partei ist. Außerdem sagte er in dieser merkwürdigen „Verständigungsrede", daß Frankreich zu Annäherungsversuchen bereit sei, wenn sich diese mit den früher abgeschlossenen Verträgen, also auch dem Versailler Diktat, in Übereinstimmung bringen lassen!

Nachdem er die Währungsfrage ausführlich behandelt hatte, führte Poincaré aus: „Keine Nation hat sicherlich weniger den Krieg gesucht oder gewünscht als Frankreich und die französische Republik hat alles menschenmögliche getan, um ihn zu verhindern. Keine Nation ist schmerzlicher mitgenommen worden als Frankreich. Keine Nation hat nach der Unterzeichnung der Friedensverträge sich so bemüht, diese Verträge auch innezuhalten und auch die Beachtung ihrer Bestimmungen durch andere zu achten. Frankreich fordert nur die **Sicherheit** für seine endgültig wiederhergestellten Gebiete und die **regelmäßige Zahlung** der versprochenen **Reparationen.** Frankreich hat es niemals abgelehnt, mit Deutschland über Fragen zu sprechen, die beide Länder interessieren können. Frankreich hat gegenüber seinen früheren Gegnern niemals eine Politik der Ranküne und des Hasses zu betreiben ver-

Mit der Beilage: Offizielle Gewinnliste der Wohltätigkeits-Geld-Lotterie zu Waldshut

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sucht. Es ist immer bereit gewesen zu Annäherungsversuchen, **vorausgesetzt, daß diese sich mit den früher abgeschlossenen Verträgen** und Frankreichs Allianzen **in Übereinstimmung bringen lassen, daß diese nicht dazu führen, die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regierung am Kriege in Zweifel zu ziehen** und daß sie ferner durch die vorliegenden **entscheidenden Beweise der materiellen und moralischen Entwaffnung Deutschlands** gerechtfertigt sind. Es schuldet dies seinem Rufe der Noblesse. Niemand wird erstaunt sein darüber, daß angesichts der Ungewißheit von morgen Frankreich weder seine kontraktlichen Rechte opfern noch in seiner Wachsamkeit nachlassen kann."

*

WTB. **Paris**, 28. Sept. (Tel.) Die **Vereinigung der radikalen Verbände** des Sarthedepartements hat in einer **Entschließung** mit Befriedigung Kenntnis von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und dem Inkrafttreten des Abkommens von Locarno genommen. Auch in einigen **Generalräten** wurde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begrüßt und zum Teil wurde der Wunsch nach einer **wirtschaftlichen Verständigung** mit Deutschland laut.

Deutsche Blätterstimmen

Zur Montag-Rede Poincarés in Bar le Duc bemerkt die „Kreuzzeitung", daß der deutsch-französische Ausgleich nur dann im Bereiche der Möglichkeit liegt, wenn auf französischer Seite der Wille zu einer Verständigung zu kommen, sich in ganz anderer Weise auswirkt, als es in den Worten Poincarés der Fall ist.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" heißt es: Die Kriegsreden Poincarés erklingen in einer einigermaßen gemilderten Atmosphäre, der der französische Ministerpräsident notgedrungen wird Rechnung tragen müssen. Man dürfe aber seinen möglichen Einfluß auf den Gang der deutsch-französischen Verhandlungen nicht unterschätzen.

Die „Tägliche Rundschau" sagt: Poincaré hat erklärt, Frankreich werde seine vertraglichen Rechte nicht opfern. Darin wird man nicht eine Absage an das Verständigungsprogramm von Thoiry zu suchen haben. Eine vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes liegt durchaus innerhalb der Möglichkeiten des Versailler Vertrages.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt: Den Anstrengungen Poincarés zur Rettung des Franken und zur Sanierung der Finanzen wünschen wir aufrichtigen Erfolg. Aber zu einem Ergebnis können sie wohl am besten führen, wenn man die notwendige Friedensatmosphäre möglichst wenig durch die künstlichen Gerüche der Kriegsranküne verdirbt.

Der „Vorwärts" sagt: Man kann es als einen Erfolg betrachten, daß Poincaré in seinen Drohreden nichts kaputt gemacht hat. Zum Glück werden wir es bei den Verhandlungen nicht mit Poincaré, sondern mit Briand zu tun haben, den eine ganze Welt des Temperaments von seinem Ministerpräsidenten trennt.

Der Pariser Korrespondent der „Frankf. Ztg." schreibt: Die Rede zeigt, daß der alte Ruhrpolitiker seinen Glauben nicht geändert hat und verrät höchstens eine **Ahnung** davon, daß die Zeiten sich geändert haben. Die außenpolitischen Sätze werden der neuen Politik des Ausgleichs mit Deutschland nicht schaden, sie werden ihr auch nicht nützen. Sie verraten, daß der Ministerpräsident in der Entwicklung der neuen Linie keine gedanklich führende Rolle zu spielen bestimmt ist, sondern, daß seine höchste Leistung darin bestenfalls in der Duldung liegen kann.

*

WTB. **London**, 28. Sept. (Tel.) „Times" sagt in Besprechung der letzten Reden Poincarés, daß der Standpunkt Poincarés in der Frage der Schuld am Kriege von der öffentlichen Meinung in **England** und in allen anderen alliierten und assoziierten Ländern **geteilt** werde. Poincaré sei gezwungen gewesen, Behauptungen zurückzuweisen, die, wenn sie ohne Widerspruch geblieben wären, als Werkzeug hätten benutzt werden können, um wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrages zu untergraben. Die **Schuld Deutschlands** sei die moralische Grundlage vieler der Bedingungen, die der Friedensvertrag festgelegt habe.

Eine Erklärung Primo de Riveras. Primo de Rivera erklärte, wie aus Madrid gemeldet wird, daß er nicht an die Spitze des zukünftigen Kabinetts treten werde, sondern höchstens eine seinem Grade entsprechende Stellung einnehmen werde, ohne sich in die Politik einzumischen.

Politische Neuigkeiten

Der vorbereitende Ausschuß für die Abrüstungskonferenz

in dem Deutschland durch den Grafen **Bernstorff** vertreten ist, hat, wie aus **Genf** gemeldet wird, am Montag seine kurze Zwischentagung abgeschlossen. Auf Vorschlag des Redaktionskomitees beschloß er die Wiederaufnahme des von Gibson in der vorigen Woche gestellten Antrages, der den Wunsch ausdrückt, daß die Arbeiten des **Unterausschusses in kürzester Frist** abgeschlossen werden und das Ergebnis der Arbeiten in einem Schlußbericht niedergelegt wird. Gibson erwähnte noch einmal den bekannten Vorschlag des **Präsidenten Coolidge**, der u. a. für die Abrüstung zu Lande den Abschluß von regionalen Verträgen, für die Abrüstung zur See die Ausdehnung des Washingtoner Abkommens auf die in ihm nicht eingeschlossenen Schiffskategorien empfiehlt. Lord Robert Cecil erklärte, auch in den Augen der englischen Delegation sei es viel wichtiger, zu einem guten und brauchbaren Ergebnis als zu einem raschen aber weniger praktischen Ergebnis zu kommen. **Paul Boncour** legte dar, wenn die Abrüstungskonferenz nicht zu einem allgemeinen Abkommen gelangen sollte, dann müßte Frankreich den Abschluß von regionalen Abrüstungsverträgen vorziehen. Frankreich erwarte aber, daß man zu einer allgemeinen Abrüstung definitiv kommen werde.

Im Femeausschuß des Reichstags

wurde am Montag von dessen Vorsitzenden, dem Zentrumsabgeordneten Dr. **Scheffer**, die vom Reichminister des Innern übermittelte **Beschwerde der bayerischen Regierung wegen der Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Levi** auf den bayerischen Justizminister Dr. **Gürtner** verlesen. Die bayerische Regierung wünschte eine Stellungnahme des Ausschusses zu der Frage, wieweit die Veröffentlichungsbefugnis eines Ausschußmitgliedes geht.

Der Vorsitzende schlug vor, daß der Ausschuß in irgend einer geeigneten Form seine Meinung dahin kund gebe, daß erst dann zu Veröffentlichungen aus den Akten geschritten werden soll, wenn das Verfahren im Einzelfall mindestens bis zur abgeschlossenen Beweisaufnahme gediehen sei. Abgeordneter **Levi** (S.) hält seine Veröffentlichungen in dem gegebenen Augenblick für eine Notwendigkeit und wünscht materielle Prüfung des Materials. Abg. Troßmann (Bayer. Volksp.) bezeichnet das Verfahren des Abg. Levi als ganz ungeheuerlich.

Um die große Koalition in Preußen

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger von unterrichteter Seite hört, hat am Sonntag zwischen dem Abg. Dr. **Leidig** (D. Vp.) und dem Abg. Dr. **Heß** (Zentr.) eine längere Besprechung über die Lage in Preußen und die Möglichkeit einer etwaigen Umbildung der Regierung stattgefunden. Es ergab sich dabei, daß zwei Möglichkeiten vorhanden sind: Entweder bleibt die jetzige Regierung bestehen, wenn sie glaubt, der zu erwartenden Schwierigkeiten Herr werden zu können, und wenn sie sich nicht von der Notwendigkeit einer Regierungsumbildung überzeugen läßt. Die andere Möglichkeit, die es dann noch gibt, wäre in der **großen Koalition** zu sehen. Über die großen Schierigkeiten, die der Lösung im Sinne der großen Koalition entgegenstehen, bestand einmütige Auffassung. Es muß betont werden, daß es sich bei dieser Unterredung nur um eine private Aussprache handelt. Irgend ein Schritt von seiten der Parteien liegt nicht vor. Die Fraktionen treten erst am 6. Oktober zusammen und können dann selbst Stellung nehmen.

Schiedsspruch im Bankgewerbe. Im Tarifstreit im Bankgewerbe wurde Montag abend im Reichsarbeitsministerium ein **Schiedsspruch** gefällt, nach welchem die bisherigen Gehaltssätze und arbeitszeitlichen Bestimmungen **unverändert** bleiben sollen. Sämtliche Arbeitnehmerbeisitzer lehnten den Schiedsspruch ab. Die Erklärungsfrist für die Tarifbestimmungen läuft bis zum 5. Oktober.

Die Berufungsverhandlung gegen Dr. Kußmann. Vor der Strafkammer des Landgerichts I in **Berlin** begann am Montag die Berufungsverhandlung gegen den Assessor Dr. **Kußmann** und den Hauptmann a. D. **Knoll**, die vom Schöffengericht von der Anklage der Aktenbeseitigung in der Barmatangelegenheit freigesprochen worden waren.

Die Affäre Claß

Auf der republikanischen Führertagung in **Berlin** machte der Berl. Polizeivizepräsident Dr. **Friedensburg** am Sonntag sensationelle Mitteilungen, wonach **der Hauptbelastungszeuge gegen Justizrat Claß** in der Angelegenheit des letzten rechtsradikalen Putschprojektes auf Anordnung des Oberreichsanwalts wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet wurde.

Wie der „Montag Morgen" mitteilte, handelt es sich um die Person des Dr. Heinz **Dietz**, bis vor einm Jahr Syndikus der „Bergisch-Märkischen Zeitung", deren Herausgeber bekanntlich Bacmeister ist. Dr. Dietz wurde zusammen mit einem gewissen Studiendirektor Dr. **Goldmann** am 2. September in Elberfeld verhaftet. Dietz war Studienassessor und hat später sein Vermögen in dem Bacmeisterschen Unternehmen investiert. Er wurde Syndikus des Zeitungskonzerns, dem auch die „Bergisch-Märkische" angehört, und er pflegte bald engste freundschaftliche Beziehungen zu Herrn **Hugenberg**. Später trat er jedoch öffentlich **gegen** den Ton des Bacmeister-Blattes auf und wurde von einem Rechtsradikalen zum Bejaher der neuen Staatsform. Als die Anzeichen für den bevorstehenden Ausbruch eines Claß-Hugenberg-Putsches sich mehrten, wandte er sich an das Auswärtige Amt, das ihn an die preußische Polizei verwies. Seine Bekundungen haben im wesentlichen den **Anstoß zur Präventivaktion der preußischen Regierung** gegeben. Das Geheimnis um seinen Namen wurde von preußischer Seite aus begreiflichen Gründen streng gehütet. Wie erinnerlich wurde der preußische Ministerialdirektor Dr. **Abegg** im Preußischen Landtag bei einer Interpellation der Rechten von dieser Seite um Preisgabe des Namens aufgefordert. Er weigerte sich jedoch ihn bekanntzugeben. Der Grund, der den Oberreichsanwalt veranlaßt hat, Dietz zu verhaften, soll **Hochverrat** sein. Er sollte eine von Studiendirektor **Goldmann** gemachte **kriegstechnische Erfindung**, die in Deutchland patentiert war und **von der Heeresleitung abgelehnt wurde**, im Auslande verwertet haben. Bei einer Haussuchung, die bei Dietz stattfand, hatte man **die Kopien zweier diesbezüglicher Briefe** beschlagnahmt.

Aus Leipzig meldet die „Voss. Ztg.", daß die Verhaftung von Dietz und Goldmann, erfolgt sei, weil gegen die beiden Fluchtverdacht vorgelegen habe. Bei Dr. Dietz sei ein Paß für Rumänien vorgefunden worden. Der „Berl. Lokanz." teilt mit, daß der Reichsjustizminister wegen der Verhaftung der beiden Genannten Bericht vom Oberreichsanwalt eingefordert habe.

Die große Polizeiausstellung Berlin 1926

wurde am Samstag unter großer Beteiligung führender Persönlichkeiten des Reiches, der Länder, der Diplomatie, der Wehrmacht und insbesondere der Polizeiverwaltung mit einem Festakt in der Ehrenhalle am Kaiserdamm feierlichst eröffnet.

Der preußische Staatsminister **Severing** wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Ausstellung etwas anderes und mehr als eine Fachausstellung sei. Sie will der **Verständigung der deutschen Länder** untereinander dienen und die durch den Weltkrieg zerissenen Bande mit dem **Auslande** neu knüpfen. Zur erfolgreichen Wirksamkeit bedarf aber die Polizei des Vertrauens der breitesten Volksmassen, die zu der Erkenntnis gebracht werden müssen, daß die Polizei kein Volksfeind ist. Die deutsche Polizei hatte in sehr unruhigen Zeiten einen inneren Feind, der mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet war und der nicht mit Schneeballen und Papierkugeln zu bekämpfen war. Aber sie bildet keine Cadres für einen künftigen Revanchekrieg. Sie bildet kein Ersatzheer für die Wehrmacht.

Auch Oberbürgermeister Dr. **Böß** betonte, daß die Polizei heutzutage ein Teil des Volksstaates sei, die ihren Schutz nicht wider Willen aufzuzwingen brauche.

*

Die Allgemeine Polizeikonferenz Berlin 1926 in Verbindung mit dem Internationalen Polizeikongreß begann am Montag. Reichsminister Dr. **Külz**, der preußische Minister des Innern **Severing**, der Polizeipräsident von Wien, **Schober** und andere hielten Begrüßungsansprachen.

Auf Einladung der Innenminister des Reiches und Preußens vereinigten sich Montag abend die Teilnehmer am Internationalen Polizeikongreß, der Allgemeinen Polizeikonferenz und der großen Polizeiausstellung mit den führenden Persönlichkeiten des Reiches und der Länder, der Reichshauptstadt und des allgemeinen Wirtschaftslebens zu einem **Festessen im Kaiserhof**. Erschienen waren u. a. die Reichsminister Dr. **Bell**, Dr. **Külz** und Dr. **Stingl**, Ministerpräsident **Braun** und Minister des Innern **Severing**, der bayerische Minister des Innern, der württembergische Staatspräsident und der württembergische Minister des Innern. Dr. **Külz** feierte in einer Rede den Dienst am Staate, am Volke und an der Menschlichkeit, wie ihn die Polizei leistet. Er schloß mit einer Würdigung des hohen ethischen Wertes der polizeilichen Arbeit.

Die Lage im englischen Streik

Das englische Parlament trat am Montag zusammen, um den Ausnahmezustand wegen des Kohlenstreiks für **einen** weiteren Monat zu genehmigen. Die Labour-Partei **versucht** ein Kompromiß vorzubereiten, in der Hoffnung, daß durch das Zusammenwirken der parlamentarischen Labour-Gruppe mit den Gewerkschaften und vor allem die am Mittwoch stattfindende Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter dem Kohlenkonflikt ein Ende bereitet werden kann. Das **Unterhaus** nahm einen Antrag an, der der Regierung die Initiative für ihr Vorgehen in der Bergarbeiterfrage während der Herbsttagung überläßt. Macdonald widersprach dem Antrag mit der Begründung, daß niemand wisse, was sich in dieser Zeit ereignen könne. „Ich hoffe, daß Neuwahlen stattfinden werden", erklärte er unter lautem Beifall der Opposition und Lachen der Regierungsparteien. Im **Oberhaus** wurde die Verlängerung des Ausnahmezustandes nach kurzer Debatte angenommen. Lord Haldane warnte die Regierung davor, die Gewerkschaften zu zerstören.

Im **Rhondda-Tal**, in Südwales, kehren, wie Reuter meldet, die Bergleute allmählich wieder zur Arbeit zurück. 1200 Bergarbeiter einer Kohlengrube unterzeichneten einen Kontrakt auf der Grundlage des Achtstundentages und der Vorstreiklöhne.

Pilsudski und das Parlament

Der polnische Staatspräsident hat die **Regierung Bartel** in ihrer alten Zusammensetzung neu ernannt. Dies heißt, daß man entgegen den Bestimmungen der Verfassung über die beiden Mißtrauensvoten des Landtages gegen Innenminister und Unterrichtsminister hinweg zur Tagesordnung übergegangen ist. Die neue Regierung wird sich wahrscheinlich am Donnerstag, 30. September, dem Sejm vorstellen. Sollte das Kabinett parlamentarischen Schwierigkeiten begegnen, so ist mit einer **Auflösung des Landtages** und Neuwahlen zu rechnen.

Bildende Kunst in Karlsruhe

Wie alljährlich im Spätsommer haben sich Karlsruher Künstler im Kunstverein zu einer großen Ausstellung zusammengefunden. Es war ihnen freigestellt, bis zu drei Arbeiten einzuliefern, nur von wenigen aber konnten wegen des beschränkten Raumes mehr als zwei ausgestellt werden. Nicht weniger als 242 Arbeiten von 130 Malern, Bildhauern und Kunstgewerblern enthält die Ausstellung. Die Zahlen sagen dem Kundigen alles. —

Nur ein paar Lehrer der Akademie haben sich beteiligt; im übrigen sind die Aussteller fast ausnahmslos aus den Karlsruher Kunstklassen hervorgegangen oder hängen sonst irgendwie mit den Karlsruher Schulen zusammen. Einige wenige davon haben es zu eigener Meisterschaft gebracht; viele andere malen so weiter, wie sie es einst gelernt haben, und eine ganz beträchtliche Anzahl Jüngerer bemüht sich noch, unter Leitung des Lehrers eigene Wege zu finden. Von Volkmann über Gagemann und Grimm bis zu Schnarrenberger reicht das Ausmaß der Ausstellung. Kein Name ist mir aufgefallen, der hier in Karlsruhe nicht schon irgendwie genannt worden wäre. — Daß bei einer solchen Ausstellung nur wenig ganz Gutes sein kann, ist selbstverständlich. Ein paar schöne Bilder sind da, ein paar vielversprechende Ansätze, das Meiste aber ist Durchschnittsgut, und ein nicht zu kleiner Rest bleibt gar unter dem Durchschnitt. Es ist nur zu bewundern, wie ausgezeichnet es der Ausstellungsleitung gelungen ist, aus den eingelieferten über 300 Bildern doch eine so als Ganzes gut gehängte Ausstellung zurecht zu machen, die durchaus einheitlich wirkt. Oder ist es der Genius loci, der hier mitgeholfen hat?

Will man diese Karlsruher Kunst zusammenfassend charakterisieren, so fällt vor allem auf, daß eine bestimmte Linie allgemein eingehalten ist. Es ist eine Kunst der Konzessionen, ein Naturalismus, der verhübscht, abschleift, ein Umbiegen der Lichtmalerei des Impressionismus zu einer idyllischen Landschaftskunst, die lieber mit dem Dunst weicher Nebel zudeckt, als hell beleuchtet und hervorhebt. Und daraus entwickelt sich dann direkt die Gegenstandsmalerei, die man dann „magischen Realismus" genannt hat. Aber das Wesentliche dieser neuen Art, das „Magische", das hinter die Dinge sehen, fehlt in den Bildern. Nur ein einziger von allen den ausstellenden Malern ist durch den Expressionismus hindurch zu einer Vergeistigung der Materie gelangt, die seine Bilder weit über den Durchschnitt hebt. Keiner aber von den vielen anderen hat sich ernsthaft und nachhaltig mit dem Expressionismus selbst auseinandergesetzt. In der ganzen Ausstellung ist kein eigentlich expressionistisches Bild. Diese Kunst, die einer ganzen bestimmten Generation ihr Zeichen aufgedrückt hat, hat in Karlsruhe keinen Boden. Dadurch aber, daß der ganzen hier ausgestellten Kunst — ich betone, daß die Lehrer der Landeskunstschule fast alle ferngeblieben sind — der innere Kampf fehlt, dadurch, daß man es sich bequem gemacht hat in den von anderen erbauten geistigen Häusern, ohne selbst neu aufzubauen, hat diese Kunst etwas Sattes, gesetzt Bürgerliches. — Wer die Bilder nur in flüchtigem Schauen genießen will, ohne sich Rechenschaft zu geben über den tieferen Sinn der Kunst, gehe in diese Ausstellung. Er wird dort auf seine Kosten kommen. Wer Probleme erwartet, wer Persönlichkeiten sucht, die sich in ihrer Kunst beweisen wollen, wird sehr bald mit der Ausstellung fertig sein.

Die Ausstellung soll die Grundlage bilden für die Künstlerunterstützungsankäufe durch den Staat. Gewiß ist manchem jungen Talent, das noch mit sich selbst und mit seiner Kunst zu ringen hat, ein Ankauf zu wünschen; viel Förderung geistiger Art kann durch solche materielle Hilfe am rechten Ort gebracht werden. Ich weiß nicht, nach welchen Gesichtspunkten die Ankaufskommission auszuwählen hat; will sie wirkliche Begabungen fördern, so wird sie noch viele Ateliers besuchen müssen.

Str.

Neuordnung der Mannheimer Kunsthalle. Die durch ihre Sammlung französischer und deutscher Impressionisten, sowie durch Ankäufe modernster Kunst oft genannte städt. Kunsthalle zu Mannheim konnte vor kurzem vollständig neu geordnet und durch zahlreiche Neuerwerbungen sowie bisher deponierte Bilder **erweitert** werden, da durch den Auszug des Mannheimer Kunstvereins eine Folge von großen Sälen für Galeriezwecke frei geworden ist. Neben dem bekannten Saal französischer Kunst des 19. Jh. (wo besonders Manets Erschießung Kaiser Maximilians hervorragt) konnten jetzt zwei große Säle mit den Klassikern deutscher Kunst des 19. Jh., zwei Kabinette Biedermeiermalerei, ein großer Saal und ein Kabinett „Deutscher Expressionisten" und schließlich ein Raum mit den Arbeiten der neuesten Realisten und der abstrakten Malerei zusammengestellt werden. Fast sämtliche Räume wurden durch Neubespannung und neuen Anstrich einheitlich hergerichtet. Die ständige Sammlung ist fast durchgehend im Oberstock aufgestellt, während die Erdgeschoßräume künftighin großen Teils den wechselnden Ausstellungen vorbehalten bleiben. Zurzeit findet hier eine umfangreiche Schau von **Meisterwerken des japanischen Farbenholzschnittes** statt.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 128 Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Badischer Teil

Der Zustand der Eisenbahnstrecke Offenburg—Basel

Der in einigen Zeitungen über die „Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer in Dortmund" erschienene Bericht enthält eine unrichtige Wiedergabe der vom Vorsitzenden **Warstein**-Berlin hinsichtlich des Zustands **der Strecke Offenburg—Basel** gemachten Ausführungen. Der Bezirksverein Baden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, der mehrere Vertreter zu der Tagung nach Dortmund abgeordnet hatte, bringt im „Offenburger Tagblatt" vom 24. September selbst folgende Berichtigung zu diesem Punkte:

„Warstein sagte, daß der Oberbau nicht überall in Ordnung ist und er nannte in diesem Zusammenhang auch die Strecke Offenburg—Basel, betonte aber, daß seine Mitteilungen aus einer früheren Zeit stammen. **Das war das einzige, was er über die Strecke Offenburg—Basel sagte.** Der nächste Satz, **daß** mit bloßem Finger Schrauben aus Holzschwellen an **einer** Strecke herausgezogen wurden, **bezieht sich nicht auf die Strecke Offenburg—Basel,** sondern auf eine andere Strecke, die er aber wahrscheinlich nicht genannt hat. Das badische Schienengleis hat keine Holzschwellen, sondern Eisenschwellen."

Dazu wird uns von der Reichsbahndirektion Karlsruhe geschrieben:

Die **Strecke Offenburg—Basel** ist, wie auch eine erneute Untersuchung durch einen von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft für die Nachprüfung des Oberbaus im ganzen Reich bestellten Ausschuß dargetan hat, **vollkommen betriebssicher.** Mängel in der Gleisunterhaltung, die die Betriebssicherheit beeinträchtigen, bestehen auf den im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe gelegenen Strecken nicht. Es ist bedauerlich, daß durch solche irreführende Versammlungsberichte das reisende Publikum beunruhigt wird.

Fachabteilung für das Schreinergewerbe an der Badischen Landeskunstschule in Karlsruhe

P. A. Die bisherige Fachklasse für Innenarchitektur und Möbelindustrie (Prof. Spannagel) wurde durch die Angliederung der Fachabteilung für das **Schreinergewerbe** weiter ausgebaut.

Durch die Schaffung dieser Abteilung soll einem längst bestehenden Bedürfnis Rechnung getragen werden. Die neue Fachabteilung hat den Zweck, insbesondere den Angehörigen des Schreinerberufes all jene Kenntnisse zu verschaffen, die sie zu einer erfolgreichen Ausübung ihres Berufes notwendig haben. Hauptwert wird zunächst auf gründliche Beherrschung der Skizze im Maßstab 1 : 10 und 1 : 20 sowie der Werkzeichnung gelegt, sowohl für das Gebiet der Möbelschreinerei als auch der gesamten Bauschreinerei. Nebenher geht der Unterricht in Kalkulation sowie Materialkunde. Gleichbedeutend wie der Unterricht im fachtechnischen Zeichnen wird die Aufgabe angesehen, die Schüler insbesondere auch in künstlerischer Hinsicht auf das für jeden unbedingt erreichbare Niveau zu bringen durch eine systematische Schulung in den elementarsten Grundbegriffen der **Formenlehre.**

Das Ziel der Fachabteilung ist nicht die Einzelnen zu einem einseitigen individuellen oder gar problematischen Formschaffen zu erziehen, vielmehr wird getrachtet, den Schülern die Fähigkeit zu vermitteln, das Gute vom Schlechten bewußt zu unterscheiden, sie soweit zu fördern, daß sie, zurückgekehrt in ihren Wirkungskreis, an Hand von guten Vorbildern und Verarbeitung derselben den Bedarf an Entwürfen selbständig zu decken vermögen. Zeitgemäße Aufgaben werden als Unterlage dem Unterricht dienen. Es wird ein enger Kontakt mit der Praxis angestrebt werden.

Für das abschließende Studium in der Fachabteilung sind **drei Jahre** vorgesehen; jedoch werden Lehrpläne auch für einen einjährigen und zweijährigen Schulbesuch aufgestellt werden.

Im Lehrplan der Fachabteilung sind folgende Disziplinen vorgesehen: Freihandzeichnen (Ornamentzeichnen), Projektionszeichnen, Perspektive und Schattenlehre, Fachzeichnen (Skizzieren, Entwerfen und Werkzeichnung), Kalkulation, Materialkunde, Schriftübungen, Vorträge über Formenlehre der Möbelstile, Stillehre des Kunstgewerbes, Kunstgeschichte, wirtschaftliche Betriebsführung, Literatur und Allgemeinbildung.

Als **Fachlehrer** sind hervorragende Kräfte aus der Praxis gewonnen worden. Leiter der Fachabteilung ist Professor Fritz **Spannagel.** Das vorläufige Programm ist auf dem Sekretariat der Bad. Landeskunstschule erhältlich. Schulbeginn dieses Jahr am 15. Oktober. Anmeldung beim Sekretariat der Bad. Landeskunstschule.

Zum Pazifistenkongreß in Heidelberg

WTB. **Heidelberg,** 23. Sept. Wie wir erfahren, haben zu dem vom 6. bis 8. Oktober in Heidelberg stattfindenden 12. deutschen Pazifistenkongreß Reichstagspräsident **Loebe** und **Marc Sagnier**-Bierville, ihr Erscheinen fest zugesagt. Außer ihnen werden bei dem am Mittwoch, den 6. Oktober, stattfindenden Begrüßungsabend und in der Vollversammlung am 7. Oktober Professor Dr. **Quidde,** die Generäle **von Deimling** und von **Schönaich,** ferner Helene **Stöcker** und René **Smith** (Mitglied des englischen Unterhauses) das Wort ergreifen.

Konferenz evangelischer Irrenseelsorger

Die in **Heidelberg** versammelte Konferenz deutscher evangelischer Irrenseelsorger hatte einen Teil ihrer Tagung in die Heilanstalt **Wiesloch** verlegt. Am Mittwoch nachmittag trafen etwa 40 evangelische Irrenseelsorger aus allen Gegenden des Deutschen Reiches z. T. mit ihren Damen in der Anstalt ein. Ein Vortrag des Anstaltsarztes Dr. **Möckel** über Vorbeugung und Behandlung der Geisteskrankheiten betonte besonders die reichen Möglichkeiten der Mitarbeit des Geistlichen auf diesem Gebiete und die Wichtigkeit der religiös-sittlichen Werte für die seelische Gesundheitspflege. Außerdem wurden den Besuchern die Entwicklung der Anstalt sowie ihre Bedeutung in der badischen Irrenfürsorge dargelegt und auf einem Rundgange ihre Anlage und Einrichtungen gezeigt.

Nr. 32 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Notgesetz: die Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1926. Verordnung des Ministers des Innern: Verkehr mit unedlen Metallen.

Die reisende Wohltätigkeitsbetrügerin und Diebin,

vor welcher schon wiederholt in den Tageszeitungen gewarnt wurde, ist in den letzten Tagen in Baden-Baden und Karlsruhe und am 14. September 1926 in Heidelberg wieder aufgetreten. In Heidelberg hat sie einer 75jährigen Dame 420 M. entwendet. Mit weiterem Auftreten der Person muß gerechnet werden. Die Diebin gibt sich gewöhnlich als Fürsorgedame vom Frauenverein aus, verspricht den alten Leuten Unterstützungen, nimmt manchmal auch Maß zu Kleidern, welche die Leute erhalten sollen, und verlangt schließlich auch ein Glas Wasser, oder eine Binde, da sie Krampfadern habe. Die kurze Abwesenheit, die nötig ist, um Wasser usw. zu holen, benützt die Diebin, um den alten Leuten ihre sauer erworbenen Spargroschen zu stehlen.

Vorher jedoch bietet sie den Leuten etwas Geld an und veranlaßt sie zum Geldwechseln, wobei sie den Aufbewahrungsort des Geldes erfährt. Das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe ersucht, die Diebin bei weiterem Auftreten der Polizei oder Gendarmerie zu übergeben.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe

erledigte am gestrigen Montag eine ebenso umfangreiche wie bedeutsame Tagesordnung. Die Erhöhung der Stammanteile der Stadt für die **gemeinnützige Beschäftigungsstelle** G. m. b. H. auf 49 160 RM. wurde gebilligt. Sie soll hauptsächlich Erwerbsbeschränkten Arbeit verschaffen.. Alle Verdienste, welche das Werk abwirft, sollen den darin Beschäftigten zugutekommen. Ebenso wurde einer Änderung der **Vergnügungssteuer** zugestimmt, die zwangsläufig infolge reichsgesetzlicher Bestimmungen notwendig wurde und der Stadt einen Ausfall von 60 000 RM. verursacht.

Die Vorlage, wonach Karlsruhe dem Abkommen deutscher Städte betr. **die Valutaverbindlichkeiten mit der Schweiz** beitritt und wonach die im Krieg entstandene Schuld der Stadt Karlsruhe in eine 5prozentige Obligationenschuld in Schweizer Franken umgewandelt wird, begründete Bürgermeister **Kleinschmidt.** Er erklärte, daß es kein übermäßig günstiges Abkommen sei, aber es mußte schließlich angenommen werden, nachdem einzelne Städte bereits der Schweiz entgegengekommen waren und es schwer gewesen wäre, bei einer gerichtlichen Austragung eine bessere Basis zu finden. Es bringe immerhin gewisse Vorteile u. a. enthebt es die Stadt der Sorge, die sehr erheblichen Beträge durch Anleihe zu beschaffen. Die Schuld beträgt mit Zinsen heute noch ca. 15 Millionen RM. Jetzt können wir die Schuld auf die die nächsten 10 Jahre verteilen. Wir haben durchschnittlich an Tilgung und Verzinsung jährlich ca. 2 Mill. RM. aufzubringen, wie Stadtrat **Geck** in der Debatte ausführte. Der Redner verlangte, daß das Reich einen Teil dieser Schuld auf sich nehme. Stadtv. **Wittmann** (Zentr.) wies auf die Unbilligkeit hin, daß wir nach dem Vertrag für 73 erhaltene Schweizer Franken 123, d. h. 170 Proz. des wirklich empfangenen Geldes und Geldeswertes zurückzahlen müssen. Er sprach sich persönlich für Ablehnung des Betrages aus. Stadtv. **Braun** wandte sich gegen die Auffassung im Stadtrat, daß die Angelegenheit eigentlich nicht vor den Bürgerausschuß gehöre und begrüßte die gegenteilige Auffassung des Innenministers in diesem Punkt. Wichtige die Bevölkerung bewegende Fragen dürften überhaupt nicht nach formellem Rechtsstandpunkt behandelt und hinter den Kulissen erledigt werden. Oberbürgermeister Dr. **Finter** wies darauf hin, daß bereits Gerichtsurteile über die Valutaschuld vorliegen, auch ein zweitinstanzielles Urteil, das den Schweizer Gläubigern Recht gibt. Die Reichsregierung wollte auch aus politischen Gründen den Vergleich mit den Gläubigern. Wir mußten auch damit rechnen, daß im Fall des Scheiterns Karlsruhe bis 1929 die ganze Riesensumme zurückzuzahlen hätte. Stadtv. **Frommholz** führte aus, daß wir, wenn ein Vergleich aus politischen Gründen erwünscht bezeichnet wurde, ein Opfer bringen und dafür Entgegenkommen von der Reichsregierung verlangen können. — Die Vorlage wurde mit Mehrheit angenommen.

Zur **Bekämpfung der Erwerbslosigkeit** wurde eine Anzahl weiterer Notstandsarbeiten vorgeschlagen, darunter Verbesserungen der Kanalisation, Straßenbauten, Erdarbeiten für das Strandbad Rappenwörth, wozu ein Gesamtaufwand von 2 173 000. RM. erforderlich, davon ca. 1,7 Mill. durch Beihilfen, das übrige aus Anlehensmitteln zu bestreiten sei. Die Zahl der Erwerbslosen in Karlsruhe beträgt immer noch über 7000. Verschiedene Redner wiesen auf den Ernst des kommenden Winters hin. Bedauerlicherweise kann wegen des Widerstandes der Grundbesitzer die Durchführung der Reichs- und Ebertstraße noch nicht in Angriff genommen werden. Bürgermeister **Schneider** führte aus, daß die Stadt in dieser Frage sehr viel tue, was auch die Vorlage über den Wohnungsbau zeige. Durch die jetzt laufende Bautätigkeit werden 5000 Personen in Karlsruhe beschäftigt. Jede Arbeit müsse so rationell als möglich betrieben werden. Die reinen Erdarbeiten können auch unter dieser Bedingung den meisten Erwerbslosen Brot bringen. Der Bürgermeister kündigte eine Gesamtvorlage mit Denkschrift über das Strandbad Rappenwörth an. — Die vorgeschlagenen Arbeiten werden teils einstimmig, teils mit Mehrheit angenommen.

Eine Reihe kleiner Vorlagen fand sodann debattelos Annahme. Der **Umbau der Viktoriaschule** zur Unterbringung des Fürsorgeamts mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM. wurde angenommen, ebenso die Errichtung **zweier Gebäude** für die städtische Verwaltung in der Lessingstraße mit einem Kostenaufwand von 190 000 RM., der in 20 Jahren zu tilgen ist. Es werden eigentlich Wohngebäude, die lediglich zunächst bis zur Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt für diese Zwecke dienen sollen. Das künftige Verwaltungsgebäude soll der Anfang der Bebauung am Ettlingertor sein, und man hofft, es in den nächsten Jahren in Angriff nehmen zu können. Einer Vorlage über den **Wohnungsbau 1926,** worin die Erhöhung der städtischen Mittel um 1,5 Millionen auf insgesamt 5 671 000 RM. vorgesehen ist, wurde nach längerer Aussprache angenommen.

Bürgermeisterwahl. Bei der in **Hornberg** vorgenommenen Bürgermeisterwahl wurden von 55 Wahlberechtigten für den Kandidaten der bürgerlichen Parteien, Bürgermeister Fritz **Kölmel** aus Wallstadt (Amtsbezirk Mannheim) 31 und für den Kandidaten der SPD, Dr. **Lutz-Hammerschlag** aus Freiburg i. Br. 22 Stimmen abgegeben.

Ungültig erklärte Bürgermeisterwahl. Der Bezirksrat Säckingen hat die Bürgermeisterwahl in **Hottingen** vom 8. August wegen Verletzung wesentlicher Vorschriften für ungültig erklärt.

Sparkassentagung. Anfang Oktober wird in Freiburg die siebente Hauptversammlung des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes abgehalten werden, verbunden mit der Jahrhundertfeier der Freiburger Städtischen Sparkasse.

Aus der Landeshauptstadt

Die Ausstellung „Der Haushalt 1926" war am Sonntag von mehr als 9000 Personen besucht, die ihrer großen Befriedigung über die guten praktischen Neuheiten und die vielseitige Anregung lebhaften Ausdruck gaben. Wir erwähnen das Regenbad, das Fleckenreinigungsmittel, die Haushaltungsmaschinen, den Fußbodenreiniger O Cedar Mopp und die vielen praktischen Öfen, Herde und Nähmaschinen, Wäsche- und Aussteuerartikel, Möbel- und Küchengeräte und alle sonstigen in reicher Auswahl vorhandenen Bekleidungs- und Haushaltungsgegenstände. Montag vormittag war es in der Ausstellung etwas stiller; dadurch konnte jeder Besucher mit mehr Ruhe die einzelnen Gegenstände besichtigen. Es dürfte sich daher empfehlen, daß alle, die es irgend möglich machen können, die Vormittagsstunden zum Besuch der Ausstellung benutzen.

Die Reklame im Dienste der „Karlsruher Herbsttage" 1926. Karlsruhe steht im Zeichen der „Herbsttage". Viele Kräfte wurden mobil gemacht und nicht zuletzt die Reklame. Trotz beschränkter Mittel hat der Verkehrsverein eine großzügige Werbung entfaltet. Tausende von Plakaten mit den charakteristischen drei Türmen sind hinausgeflattert. Ein Programmbuch, das in 5000 Exemplaren gedruckt wurde, arbeitet für die Herbstwoche und dies nicht nur in Karlsruhe, Baden und den angrenzenden Ländern, sondern vielfach im Reich und durch die belieferten Schiffahrtsgesellschaften auch im Auslande. Auch das modernste Reklamemittel — die Lichtreklame — allerdings noch in beschränktem Umfang, kündet eindringlich von dem Mannigfaltigen, Schönen und Lehrreichen, was Karlsruhe für die „Herbsttage" bietet.

Die Ausstellung der Karlsruher Generalbebauungsplan. Die Ausstellung im kleinen Festhallesaal erfreute sich schon am ersten Tage ihrer Eröffnung eines regen Besuches. Besonderes Interesse finden neben dem eigentlichen Generalbebauungsplan die Modelle des Ettlinger-Tor-Platzes, des Bebauungsvorschlags für das Gebiet zwischen Daxlanden und Grünwinkel und der Bebauung des von der Ebertstraße durchzogenen Baugebiets. An verschiedenen Tagen finden besondere Führungen mit Erläuterungen statt.

Rezitationsabend Walter Sedlmayr. In dem gutbesuchten Eintrachtsaale veranstaltete der **Rezitator Walter Sedlmayr,** München, mit einem ausgewählten Programm einen Vortragsabend. Im 1. Teil brachte Sedlmayr Gedichte von Brentano, Arnim und Eichendorf. Durch die ausgezeichnete Modulationsfähigkeit des Organes des Vortragenden kamen die Gedichte in ihrer eigenen Stimmung voll zur Geltung. Jean Paul und Mörike bildeten den 2. Teil. Seele und Wärme legte Sedlmayr in seinen Vortrag. Die aufmerksam folgenden Hörer dankten für das Gebotene durch regen Beifall.

50 Jahre bei einer Familie im Dienst. Fräulein Barbara **Maier** in Karlsruhe konnte dieser Tage ihr 50jähriges Jubiläum im Dienste des Metzgermeisters Harlan begehen.

Karlsruher Schwurgericht. Unter der schweren Beschuldigung eines Meineidsverbrechens hatte sich Montag nachmittag der erst 23jährige verheiratete Schreiner Hermann **Wüst** aus Mingolsheim zu verantworten. Den Hintergrund bildeten Streitigkeiten, die am Fastnachtsdienstag abend im Dorfe Mingolsheim aus harmlosen Hänseleien entstanden waren. Vor Gericht hatte der Angeklagte damals als Zeuge ausgesagt, daß er einem anderen Beteiligten nicht mit dem Stock, sondern mit der Faust Schläge auf den Kopf versetzt habe. Auch vor dem Schwurgericht blieb Wüst im Gegensatz zu den Bekundungen verschiedener Zeugen bei obiger Darstellung. Dem Angeklagten wurde im übrigen das beste Zeugnis ausgestellt. Das Urteil lautete auf **sechs Monate Gefängnis** unter Anrechnung von zwei Monaten auf die Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr vier Monate Zuchthaus beantragt.

Koloniale Arbeitsgemeinschaft. Die in der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Vereine: Afrika- und China-Kriegerverein, Deutsche Kolonialgesellschaft Abteilung Karlsruhe, Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See und Marineverein veranstalten am Donnerstag, den 30. September, abends 8¼ Uhr im großen chem. Hörsaal der Techn. Hochschule einen Lichtbildervortrag über unsere ehemalige Kolonie **„Südwestafrika".** Sprechen wird Herr Herbert **Kund** aus Karlsruhe, der durch seine früheren Vorträge über unsere Schutzgebiete hier bestens bekannt ist. Der Redner war selbst bis zum Jahre 1921 als Farmer und Soldat in Südwestafrika tätig und hat dort auch als Jäger große Reisen unternommen. Südwestafrika ist gerade heute für die Allgemeinheit von besonderem Interesse, weil es die einzige unserer früheren überseeischen Besitzungen ist, die dem Deutschtum erhalten geblieben ist und infolge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung besonders günstige Auswanderungs- und Ansiedlungsmöglichkeiten bietet. Der Eintritt ist frei.

Landestheater. „Die Verschwörung des Fiesco" wird morgen abend zum letztenmal in einer dem allgemeinen Publikum zugänglichen Aufführung wiederholt.

Badisches Landestheater — Sondermiete für Auswärtige. Zur Ermöglichung eines regelmäßigen Theaterbesuches durch Auswärtige wird eine Sondermiete für 20 Aufführungen im Spieljahr — Oper, Schauspiel, Ballett — an Sonntagnachmittagen eingerichtet. Die Preise sind außerordentlich niedrig bemessen und zwar mit einem 33prozentigen Nachlaß auf die an sich schon billigen Tages-Eintrittspreise für die Sonntagsnachmittagsvorstellungen. Die Geldausgaben für diese Vorstellungen verbilligen sich noch dadurch, daß für die Bahnfahrt entweder Sonntagsrückfahrkarten oder die Gesellschaftskarten (mindestens 20 Personen mit 25 Prozent Nachlaß auf die Fahrpreise) benützt werden können. Die Rückkehr mit den Abendzügen ist unbedingt sichergestellt. Näheres über die Preisgestaltung ist aus der Geschäftsanzeige ersichtlich. Für den Besuch einzelner Vorstellungen durch Auswärtige ist noch die Einrichtung von Gesellschaftskarten getroffen worden. Bei Bestellung von mindestens 20 Karten, auch verschiedene Ränge wird ein Preisnachlaß von 20 Proz. auf die Tagespreise gewährt und zwar nicht nur zu den Sonntagnachmittagsvorstellungen, sondern zu allen Vorstellungen des Landestheaters.

Colosseum-Revue. Da die Direktion der Wiener Apollorevue ihren Verpflichtungen in Wien nachkommen muß, ist eine Prolongation ausgeschlossen, und es findet die letzte diesjährige Vorstellung am kommenden Donnerstag statt, worauf an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht sei.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das gestrige Wetter in Baden war ziemlich das gleiche wie am Vortag. Gegen Abend trat unter dem Einfluß des von Frankreich vordringenden Hochdruckteiles allgemeine Aufheiterung ein, die auch heute morgen noch vorherrscht. Der Wirbel über der Nordsee beginnt stationär zu werden. Über Westeuropa steigt der Druck noch weiter. Es ist daher auch noch für morgen mit meist trockener, zeitweise heiterer Witterung zu rechnen. **Voraussage** für morgen: Fortdauer des bisherigen meist wolkigen Wetters mit vorübergehenden Aufhellungen, meist trocken und kühl.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Pforzheim**, 27. Sept. Das **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold** hielt am Samstag und Sonntag hier eine zahlreich besuchte Tagung ab. Am Sonntag nachmittag zogen die Reichsbannerleute im Zuge durch die Stadt. Im Städtischen Saalbau fand sodann eine republikanische Kundgebung statt, in der Landrat Dr. **Holderer** die Grüße der badischen Regierung **überbrachte**. Im Auftrag des Bundes sprach Kuntzemann-Magdeburg.

DZ. **Stuttgart**, 28. Sept. Wie von der Polizeidirektion mitgeteilt wird, ist das in der Neckarstraße **ermordete Dienstmädchen** Berta Lochmann im Schlaf überrascht und durch mehrere wuchtige, über Schädeldach, Stirn und Gesicht geführte Schläge getötet worden. Das zu der Tat benutzte Handbeil hat der Täter bei einem zuvor in einem Hintergebäude ausgeführten Einbruch erlangt. Für Nachweise, die zur Ermittlung des Täters führen, hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart eine Belohnung von 1000 RM. ausgesetzt.

DZ. **Stuttgart**, 28. Sept. Von der Reichsbahndirektion wird mitgeteilt: Wie am Samstag berichtet, ist ein **Reisender des D-Zuges 53** am 24. September bei Illingen durch einen von außen kommenden **Steinwurf** verletzt worden. Als Täter wurde ein **11jähriger Schuljunge** aus Illingen ermittelt.

DZ. **Frankenthal**, 28. Sept. Das **Hauptverfahren** gegen den früheren sozialdemokratischen Bürgermeister von Oppau, **Süß**, wegen passiver Bestechung, Betrugs und Amtsverbrechens, ist am 25. d. M. von der Staatsanwaltschaft Frankenthal eröffnet worden. Außer dem Bürgermeister sind wegen derselben Straftaten angeklagt der Amtsrat der Gemeinde Oppau, **Schmidt**, und drei Privatpersonen wegen aktiver Bestechung. Süß befindet sich seit Februar d. J. in Untersuchungshaft, die anderen vier Beschuldigten sind auf freiem Fuß.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	28. September Geld	28. September Brief	27. September Geld	27. September Brief
Amsterdam 100 G.	167.97	168.39	168.00	168.42
Kopenhagen 100 Kr.	111.36	111.64	111.33	111.61
Italien . . 100 L.	16.08	16.12	15.50	15.54
London . . 1 Pfd.	20.339	20.389	20.342	20.392
Newyork . . 1 D.	4.1935	4.2035	4.193	4.203
Paris . . 100 Fr.	11.78	11.82	11.66	11.70
Schweiz . 100 Fr.	81.06	81.26	80.99	81,19
Wien 100 Schilling	59.20	59.34	59.24	59.38
Prag . . 100 Kr.	12.416	12.456	12.415	12.455

Eröffnung der Frankfurter Herbstmesse. Die Frankfurter Herbstmesse ist am Sonntag eröffnet worden.

Kohlenpreiserhöhungen? Der „Frankf. Ztg." zufolge liegt beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat ein Antrag auf **Erhöhung der Preise für Feinkohle und Briketts** vor. Von einem Antrag auf Erhöhung der Preise für weitere Sorten, wovon vorher auch die Rede war, hat man Abstand genommen. Am Freitag findet die Mitgliederversammlung des Syndikats statt, in der die Beschlußfassung auch über den erwähnten Preiserhöhungsantrag vorgesehen ist. Mit Rücksicht auf die stark gestiegenen Pechpreise soll eine erhebliche Erhöhung der **Brikett-Preise** ab 1. Oktober sicher sein.

Der heutigen Nummer liegt die **Offizielle Gewinnliste** der Wohltätigkeits-Geld-Lotterie zugunsten eines Krankenhauses in Waldshut bei.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Verlegung der Gemarkungsgrenze Mosbach-Neckarburken betr.

Der zwischen der Stadtgemeinde Mosbach und der Gemeinde Neckarburken abgeschlossenen Vereinbarung über die Abtretung eines Teiles des Gemeindebezirks Mosbach im Flächengehalt von 37 ha 46 ar 92 qm an die Gemeinde Neckarburken wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 23. September 1926.

Der Minister des Innern
Remmele

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Revisionsoberinspektor, Rechnungsrat Josef Späth beim Landeskommissär in Konstanz zum Oberrechnungsrat.

Revisionsinspektor Karl **Frankenbach** und Verwaltungsinspektor Karl **Schmitt** beim Ministerium des Innern zu Ministerialrechnungsräten, Kanzlistin Maria **Speidel** beim Oberversicherungsamt Konstanz zur Kanzleiassistentin.

Planmäßig angestellt:

Bezirksbaumeister Ludwig **Zink** beim Bezirksamt Bühl und Bezirksbaumeister Richard **Schwegler** beim Bezirksamt Kehl.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Zu Oberfinanzräten: Finanzrat Emil **Welker**, Vorstand der Evang. Kollektur Mannheim und Finanzrat Karl **Münch**, Vorstand der Evang. Kirchl. Stiftungenverwaltung Offenburg.

Techn. Hochschule
Großer chemischer Hörsaal
Donnerstag, den 30. Sept. 1926
abends 8¼ Uhr
Lichtbilder-Vortrag
des Herrn Herbert Kund-Karlsruhe über
Deutsch-Südwestafrika.
Eintritt frei. F.735
Koloniale Arbeitsgemeinschaft.

Viehhof- und Viehmarktordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe.

Die ortspolizeiliche Vorschrift vom 26. August 1914, die Viehhof- und Marktordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe betr., wird in ihrem Teil B, Fütterungsordnung (§§ 16—19 einschließlich), mit Zustimmung des Stadtrats durch die folgenden, vom Herrn Landeskommissär mit Erlaß vom 7. September 1926 für vollziehbar erklärten Bestimmungen ersetzt.

B. Fütterungsordnung.

§ 16.

Alles Vieh, welches in den Stallungen des Vieh- und Schlachthofes länger als eine Nacht eingestellt bleibt, muß mindestens täglich einmal gefüttert werden.

Zwischen der letzten Fütterung und dem Marktbeginn muß eine Frist von 12 Stunden liegen. Während der Marktzeit darf das Vieh weder gefüttert noch getränkt werden. H.752

Tiere, die nach Beginn der 12stündigen futterlosen Zeit, aber 6 Stunden vor Marktbeginn mit der Eisenbahn zum Verkauf eingebracht werden, dürfen nur mit der halben Tagesfuttermenge gefüttert werden.

Tiere, die am Markttage mit der Eisenbahn aus einer Entfernung von nicht mehr als 50 Kilometer oder auf dem Landweg in den Schlacht- und Viehhof zum Verkauf eingeführt werden, sind erforderlichenfalls besonders zu kennzeichnen.

§ 17.

Als Ration zu einer Fütterung wird verabreicht:
für 1 Pferd: 5 Kilogramm Heu, Hafer nach Bedarf,
für 1 Stück Großvieh: 5 Kilogramm Heu,
für 1 Schaf oder eine Ziege: 0,5 Kilogramm Heu,
für 1 Schwein: 0,75 Kilogramm Kraftfutter,
für 1 Kalb: 2,5 Liter Tränke mit ¼ Mehl.

Die Gesamttagesfuttermenge darf nicht mehr als das Doppelte dieser Rationen betragen.

Als Getränk darf Rindern (Kälbern ausgenommen), Schafen und Schweinen nur reines Wasser gegeben werden. Die Verabreichung von Salz und Durst erzeugenden Mitteln ist verboten.

Tiere, die den Vorschriften entgegen gefüttert oder getränkt sind, können vom Markt ausgeschlossen werden.

§ 18.

Alles Futter wird vom Schlacht- und Viehhofamt geliefert. Fremdes Futter darf in den Schlacht- und Viehhof nicht eingebracht werden. Die Preise werden von dem Schlacht- und Viehhof festgesetzt und durch Anschlag bekanntgegeben.

Die Einsteller haben für die Fütterung und Tränkung innerhalb der vorgeschriebenen Fütterungszeit selbst zu sorgen. Tun sie das nicht, so ist das Schlacht- und Viehhofamt berechtigt, die Tiere auf Rechnung und Gefahr des Einstellers füttern und tränken zu lassen.

Das Futter, das nach Schluß der dem Markttag vorangegangenen Fütterungszeit nicht aufgenommen ist, wird durch das Viehhofpersonal aus den Ställen und sonstigen Unterkunftsräumen entfernt.

Eingestellte Kühe werden, wenn notwendig, auf Anordnung des Schlacht- und Viehhofamtes gemolken. Die Milch bleibt Eigentum des Viehhofes.

Den Eigentümern der Kühe ist es jedoch gestattet, diese selbst melken zu lassen und die Milch mitzunehmen, nachdem sie unter Kontrolle der Schlachthofdirektion der in § 52 der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz vorgeschriebenen Erhitzung unterzogen worden ist.

§ 19.

Das Schlacht- und Viehhofamt kann Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften zulassen, insoweit sie im Interesse des Tierschutzes erforderlich sind.

Karlsruhe, den 24. September 1926. O.-Z. 194
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Kohlenmarkt-Lotterie Engen
Ziehungsliste 1926

Bei der durch Bad. Notar Dr. Rimmelin am 17. September 1926 im Rathaus in Engen vorgenommenen Losziehung fielen auf folgende Losnummern Gewinne:

Los-Nr.	Gewinn-Nr.	Los-Nr.	Gewinn-Nr.	Los-Nr.	Gewinn-Nr.	Los-Nr.	Gewinn-Nr.	Los-Nr.	Gewinn-Nr.	Los-Nr.	Gewinn-Nr.
159	24	1864	7	4339	57	5801	74	7464	42	8596	15
282	30	2001	60	4381	68	5823	20	7700	33	8663	6
307	27	2228	99	4404	21	6086	54	7736	45	8714	76
523	83	2503	47	4460	41	6092	4	7743	49	8821	75
529	63	2746	88	4520	10	6176	80	7791	36	8926	100
572	71	2853	81	4645	19	6394	9	7845	85	9124	59
583	37	2872	62	4704	13	6452	94	7879	50	9409	32
627	46	3339	97	4774	17	6546	67	7929	8	9516	86
808	65	3418	93	4999	23	6553	29	7972	16	9566	64
835	78	3617	18	5186	77	6743	22	7992	34	9662	44
1165	55	3664	51	5190	14	6750	91	8068	61	9708	69
1204	5	3697	1	5393	48	6847	82	8072	43	9812	87
1346	11	3865	89	5399	25	6861	66	8236	2	9817	3
1461	96	3902	58	5550	39	7052	73	8515	12	9851	26
1515	52	3961	56	5616	38	7122	53	8560	70	10000	40
1705	95	4119	98	5677	84	7265	28	8563	92		
1862	31	4159	79	5761	90	7321	72	8579	35		

Die Gewinne stehen vom Ziehungstage an auf Rechnung und Gefahr der Gewinner, **der Standort der Fohlen und Namen des Verkäufers ist beim Unterzeichneten zu erfragen.** Die übrigen Gewinne sind im Lammsaale in Engen ausgestellt. Auf Wunsch erfolgt Zusendung auf Kosten des Gewinners. Gewinner, die auf Gewinnausfolgung verzichten, erhalten 85 % des Ankaufspreises. Die bis **8. Oktober 1926** nicht abgeholten Gewinne fallen der Stadtgemeinde Engen zu. F.734

Engen, den 17. September 1926.

Der Gemeinderat:
Knupfer, Bürgermeister.

Badische Lichtspiele
Konzerthaus F.739
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
jeweils abends 8 Uhr:
Der müde Tod
Ein deutsches Volkslied in 5 Versen.
Verfasser und Regisseur Fritz Lang.
Musik: Polizeikapelle unter Leitung des Herrn Obermusikmeister Heisig
Außerdem:
Mit dem „PER GYNT" durchs Mittelmeer!
Vorverkauf: Musikhaus **Müller**, Kaiserstr.
Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

H.737. **Bretten.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Landwirt **Karl August Bisel, Luise Emilie geb. Daub** in Wössingen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf **Dienstag, den 26. Oktober 1926, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht Bretten.

Bretten, 23. Sept. 1926.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

H.746. **Durlach.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachermeisters **Gustav Arheidt** in Grötzingen wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Durlach, den 24. September 1926. **Amtsgericht.**

H.739. **Tauberbischofsheim.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Bruno Haag** in Lauda, alleiniger Inhaber der Firma Bruno Haag, Strickwarenfabrik in Lauda, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters auf: **Donnerstag, den 21. Oktober 1926, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier — Zimmer Nr. 8 — bestimmt.

Tauberbischofsheim, den 21. September 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

H.745. **Schönau i. W.**

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Atzenbach belegenen, auf das Sägewerk Atzenbach, Gebrüder Motsch, offene Handelsgesellschaft in Atzenbach eingetragenen nachstehend beschriebenen Grundstücke am:
Donnerstag, den 2. Dezember 1926, nachmittags 2 Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Atzenbach öffentlich versteigert werden:

1. Lgb. Nr. 109/1 = 1 ar 40 qm Hausgarten,
2. Lgb. Nr. 121 = 2 ha 06 ar 28 qm Hofraite und Wiese.

Auf der Hofraite steht: a) ein Sägewerk, ein Transformatorenhaus und ein Büro, b) ein Autoschuppen mit Anbau.

Grundstücksschätzung ohne Zubehör 38 000 RM., mit Zubehör 64 000 RM.

Nähere Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Schönau i. W., den 24. September 1926.
Bad. Notariat, als Vollstreckungsgericht.

Versch. Bekanntmachungen

Sanatorium Wehrawald

Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Todtmoos.

Wir geben hierdurch bekannt, daß unsere Gesellschafterversammlung am 21. Juli 1926 in Freiburg die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung vom 1. Oktober 1926 beschlossen hat.

Zu Liquidatoren wurden ernannt die seitherigen Geschäftsführer: H.751

Kommerzienrat **Otto Hüglin**, St. Blasien,
Geheimer Hofrat Dr. **Josef Schwoerer**, Badenweiler,
Fabrikant **Otto Krafft**, St. Blasien,
Direktor **Gottlob Kehrer**, Todtmoos.

Je 2 Liquidatoren vertreten die Gesellschaft.

Die Gläubiger unserer Gesellschaft werden aufgefordert, ihre Forderungen anzumelden.

Todtmoos, 26. 9. 1926.
Die Liquidatoren:
Otto Hüglin, Dr. Josef Schwoerer. Otto Krafft.
Gottlob Kehrer.

Laut Generalversammlungsbeschluß vom 20. Juli 1926 ist die Liquidation der Firma beschlossen worden. H.750

Als Liquidatoren sind bestellt: H. **Weber**, Binzgen, Dr. **Wagner**, Dogern.

Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert sich zu melden.

H. Weber & Co., Mech. Zwirnerei Laufenburg G. m. b. H.
H. Weber.

Kaminfegerdienst.

Die **Kaminfegerstelle** im Kehrbezirk **Mosbach**, der etwa die Hälfte der Gemeinden des Amtsbezirks umfaßt, ist infolge Erledigung neu zu besetzen.

Bewerbungen, welche den Bestimmungen der §§ 6 und 7 der Kaminfegerordnung entsprechen müssen, sind binnen 4 Wochen beim Bezirksamt Mosbach einzureichen. H.749

Mosbach, 27. Sep. 1926.
Badisches Bezirksamt.

Güterrechtsregister.

Bühl. H.740

Güterrechtsregister Bd. I S. 18: **Ringwald**, Otto, Zollassistent in Ottersweier, und Melanie geb. Visel dort. Vertrag vom 23. Juni 1926: Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau in § 2 daselbst. Bühl, den 23. September 1926..
Bad. Amtsgericht II.

Durlach. Güterrechtsregister. Eingetragen am 23. 9. 1926 **Heß**, Julius, Kaufmann in Durlach, und Adele genannt Deli geborene Gamiel: Vertrag vom 10. Mai 1926 Gütertrennung. **Amtsgericht.** H.747

Mosbach. H.741

Güterrechtsregister Bd. II S. 92, **Egner**, Otto, Arbeiter in Mosbach, und Anna geb. Gregorie. Vertrag vom 14. Sept. 1926. Gütertrennung. Mosbach, den 22. September 1926.
Bad. Amtsgericht.

Tauberbischofsheim. H.742

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 480: Wilhelm **Engert**, Schuhmachermeister, und Elisabetha geborene Withopf in Werbach. Vertrag vom 8. September 1926. Gütertrennung nach dem BGB.

Tauberbischofsheim, den 22. September 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Vereinsregister.

Schopfheim. H.743

Vereinsregistereintrag Band I O.-Z. 35: **„Turnverein Schopfheim 1846"** in Schopfheim.

Schopfheim, 23. 9. 1926.
Bad. Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Mittwoch, den 29. Sept. 1926
Volksbühne 1
Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.
von Schiller
In Szene ges. v. F. Baumbach

Andreas Doria	Prüter
Gianettino Doria	Dahlen
Julia	Fein
Fiesco	Hierl
Leonore	Moest
Berrina	Hofbauer
Bourgognino	Leitgeb
Calcagno	Kloeble
Sacco	Müller
Bertha	Clement
Lomellino	Höcker
Zenturione	Gemmecke
Zibo	Schneider
Asserato	Bockz
Romano	Dr. Storz
Muley Hassan	v. d. Trenck
Deutscher	Graf
Arabella	Möderl
Rosa	Merk

Anfang 7½ Ende 10½
Sperrsitz I M. 5.—
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben
Do. 30. Sept. **Der Dieb**
Fr. 1. Okt. Zum ersten Male: **Die Königin von Saba**

Colosseum
Die große Revue
Was Frauen träumen 726
Unwiderruflich nur noch bis 30. September
Täglich abends 8 Uhr.

Metallbetten
Kinderbett., Stahlmatr., günstig an Private. Katalog 1131 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Druck G. Braun, Karlsruhe